

Klaus Pähler

Malaysia - Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Krise

Scheitert das asiatische Entwicklungsmodell?

Malaysia befindet sich in einer tiefen Wirtschaftskrise, das Volkseinkommen sank 1998 um 6,8 Prozent. Der Wechselkurs wurde fixiert, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Dazu haben die Entlassung, Verhaftung und Mißhandlung des ehemaligen stellvertretenden Premierministers eine Glaubwürdigkeitskrise der politischen Institutionen ausgelöst. Werden die richtigen Lehren gezogen, kann das Land aber gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Nein, gut war das 'Jahr des Tigers' für Malaysia nicht. Dabei hätte alles so schön werden sollen – Brot gab es in den letzten Jahren ja reichlich, durchschnittlich acht Prozent mehr pro Jahr. Nun sollte es 1998 auch Spiele geben: Die Commonwealth Games für die Arbeitenden, ein schöner neuer Konzertsaal für die Verdienenden und der APEC-Gipfel für die Herrschenden sollten Glanzlichter auf die Spätphase der Ära Mahathir setzen. Statt dessen gibt es überwiegend Trauriges aus diesem Teil der Tropen zu vermelden.

Der Leser wird sich erinnern, wie noch vor zwei Jahren das pazifische oder das asiatische Jahrhundert angekündigt wurde, für wie unaufhaltbar der Fortschritt der 'Tiger' und 'Drachen' gehalten wurde, wie für Europa höchstens noch die Rolle eines bewohnten Kultur- und Industriemuseums übrigzubleiben schien. Der malaysische Premier Mahathir etwa konnte gar nicht oft genug auf seine Wachstumsraten von z.T. über acht Prozent hinweisen und sie voller Selbstzufriedenheit auf die Überlegenheit asiatischer Werte gegenüber westlicher Dekadenz zurückführen. Seit etwa Mitte 1997 ist es um die asiatischen Werte etwas stiller geworden. Die direkt meßbaren haben eine radikale Umwertung erfahren, der Börsenindex von Kuala Lumpur zum Beispiel ist von etwa 1200 Punkten vorübergehend auf fast 260 gesunken, die malaysische Währung, der Ringgit, fiel von 2,50 pro US-Dollar auf zeitweilig 4,70.

Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Implikationen ergab sich eine politische Problematik: Der Bestand und der autoritäre Ansatz der Regime in Südostasien war ja immer mit der Prosperität gerechtfertigt worden, die sie zu garantieren schienen. Diese Legitimation ist zerbrochen, was in Thailand, Südkorea und am dramatischsten in Indonesien zu Machtwechseln geführt hat.

Dies zeichnete sich auch für Malaysia ab. Mahathir mußte handeln, wenn er nicht dasselbe Schicksal erleiden wollte. Dies tat er: Er ergriff radikale, unorthodoxe wirtschaftspolitische Maßnahmen, entließ seinen Stellvertreter, Finanzminister und designierten Nachfolger Anwar Ibrahim, verhaftete ihn und stellte ihn dann vor Gericht. Dadurch stürzte er Malaysia über die Wirtschaftskrise hinaus auch noch in eine tiefe politische Krise. Wenn schon die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Zweifel am Respekt Malaysias für die Marktwirtschaft und die Eigentumsrechte auslösten, so hat erst recht das Vorgehen gegen Anwar in weiten Teilen der Bevölkerung das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat beschädigt. Daher scheint es nicht übertrieben, wenn Beobachter von

einer System- oder Legitimitätskrise sprechen. Diesen dramatischen Entwicklungen der letzten Monate gingen aber ebenfalls unerfreuliche Ereignisse voraus, über die zunächst zu berichten sein wird.

„Ausländer raus“

Die Kriminalität ist in Malaysia nach offiziellen Angaben der Polizei um fast 40 Prozent nach oben geschnellt. Vor allem Eigentumsdelikte – Raub, Einbruch, Diebstahl – haben zugenommen. Handtaschenraub vom Motorrad aus läßt sich hier nun in besten Gegenden bei Tage beobachten. Routinemäßig beschuldigt die Polizei illegale Ausländer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, als vermutliche Täter.

Auch in Malaysia sind Ausländer beliebte Sündenböcke, wenn es darum geht, Schuldzuweisungen für unerwünschte soziale Erscheinungen vorzunehmen. In der Tat hat Malaysia ein nennenswertes Problem illegaler Immigration. Insbesondere handelt es sich um Indonesier, Filipinos, aber auch Bangladeschi. Die Schätzungen schwanken zwischen etwa ein und zwei Millionen. Die Regierung hat damit begonnen, möglichst viele in ihre Heimatländer abzuschieben. In diesem Zusammenhang ist es zu tragischen Ereignissen gekommen: In einem Camp, in dem sich etwa 17 000 illegale Indonesier aufgehalten haben sollen, kam es zu einem „Aufstand“, bei dem die Indonesier nach Angaben der Polizei einen Polizisten getötet haben. Bei den „Notwehrmaßnahmen“ der malaysischen Polizei kam es zu weiteren mindestens acht Toten unter den internierten Indonesiern.

Dann kam es zu Berichten auf den Titelseiten der englischen Zeitungen *Independent* und *Observer*, malaysische Beamte hätten Massenvergiftungen an Indonesiern durchgeführt. Auf diese Weise sollen zahllose Indonesier getötet worden sein. Malaysia bestreitet dies – vermutlich zu Recht – entschieden. Der Premierminister erklärte, Menschenrechtsgruppen und britische Medien möchten Malaysia am liebsten zerstören, wenn sie dazu in der Lage wären.

Feuer

In Malaysia brannte es auch 1998 wieder an ungezählten Stellen. Kamen im letzten Jahr die Rauchschwaden vor allem aus dem benachbarten Indonesien, so konnte Malaysia in diesem Jahr auf zahllose eigene Feuer 'stolz' sein. Vom Norden bis zum Süden der Halbinsel Malaysia brannte es eigentlich überall irgendwo. Natürlich stand nicht das ganze Land in Flammen, aber fast alle Landstriche waren von Bränden betroffen, besonders auch die Bundesstaaten Sabah und Sarawak auf Borneo.

Die Sichtweiten im Norden Borneos gingen vorübergehend auf wenige hundert, manchmal auch nur auf wenige Meter zurück. Der Berichterstatter konnte selbst miterleben, wie eine der Kota Kinabalu vorgelagerten Inseln praktisch in Rauch aufgegangen ist. Langsam stieg eine Rauchsäule hoch, die auf einen Waldbrand oder auf ein durch Unachtsamkeit entstandenes Feuer schließen ließ und weitete sich schließlich in eine Rauchwolke aus, die die vorgelagerten kleinen Inseln einhüllte. Normalerweise kann man von Kota Kinabalu aus die wenige Kilometer entfernten Inseln bestens sehen. In diesem Fall befand man sich bereits nach einer zweiminütigen Bootsfahrt in dichtem Qualm, der jegliche Orientierung unmöglich machte. Die Luft roch schwer nach Holzbrand, führte zu Atembeschwerden, Kopfschmerzen und genereller Mattigkeit.

In Nordsarawak war die Situation noch bei weitem schlimmer. Der Notstand konnte nur knapp vermieden werden. Feuerwehrleute versuchten, oberirdische Waldbrände zu löschen, nur um festzustellen, daß sie plötzlich mit ihren Füßen auf brennendem Boden standen. Unterirdische Brände waren das größte Problem dieser Umweltkatastrophe: Sogenannte *peat fires* (Torffeuer) hatten wiederum Schichten von bis zu zehn Metern Stärke erfaßt. Sie sind praktisch von oben nicht zu löschen. Der Berichterstatter hatte Gelegenheit, kleinere *peat fires* aus nächster Nähe zu beobachten. Der verbrannte Boden war von verkohlten Resten organischer Materie bedeckt. Aus Rissen und Spalten im Boden quoll beständig Rauch und tauchte die ganze Umgebung in eine gespenstische Atmosphäre. In diesem Fall vergrößerte sich das qualmende Areal im Laufe von etwa zwei Stunden um ein Vielfaches.

Das einzige, was hier hätte helfen können, wäre Regen gewesen. In Sabah hatte es jedoch mehrere Monate lang nicht nennenswert geregnet. Gras und andere Pflanzen waren trocken wie Zunder. Bereits eine weggeworfene Zigarettenskippe konnte einen Großbrand auslösen. Der Anblick war erschreckend: Ehemals grüne Flächen waren dunkelbraun verdorrt. Sehr seltene Gewitter mit zehn bis 15 Minuten Regen wurden für ein höchst willkommenes Ereignis gehalten.

Der *Haze* des letzten Jahres hatte bereits zu einem Einbruch im Tourismus geführt. Die vollen Konsequenzen sind aber noch nicht spürbar geworden, da viele Reiseveranstalter ihre Hotelkontingente bereits lange im voraus buchen und für 1997/1998 nicht mehr stornieren konnten. Es wird aber von Tourismusfachleuten der Regierung befürchtet, daß das Jahr 1998/99 noch bei weitem schlechter werden wird. Damit verlöre Malaysia nicht nur Prestige, sondern auch dringend benötigte Deviseneinnahmen. Viele Hotels müssen versuchen, mit einer Auslastung von manchmal nur 20 Prozent zu überleben.

Trockene Tropen

„No water“ – dieses Schild zierte im Frühjahr nicht nur die Türen der Toiletten der Deutschen Botschaft in Kuala Lumpur. Auch das frisch bezogene neue Büro des Berichterstatters in einem modernen Bürogebäude im Zentrum der Stadt hatte keine gesicherte Wasserversorgung. Malaysia litt unter einer massiven Wasserknappheit. In der Hauptstadt Kuala Lumpur und ihrer Umgebung wurde die Wasserversorgung für mehr als zwei Millionen Menschen rationiert. Dies dürften mehr als zwei Drittel der Bevölkerung dieses Gebietes sein.

Was der Ausfall von Wasser für den Lebensstil in einem tropischen Land bedeutet, kann hier nur taktvoll angedeutet werden. Nicht nur Europäer duschen mindestens einmal, meistens zweimal am Tag, um Schmutz und Schweiß abzuwaschen. Die Abwassersysteme – Toiletten eingeschlossen – waren natürlich auch von dem Wassermangel betroffen. Die Frischwasserversorgung für Restaurantküchen litt. Zum Wäschewaschen mußte manche Hausfrau nachts um vier aufstehen, um dann später bräunlich verfärbte Wäsche aufhängen zu dürfen. In Notfällen wurde Wasser mit dem Tankwagen herbeigeschafft, aber diese Tankwagen dienten vorher durchaus unterschiedlichen Zwecken, so etwa zur Entleerung von Sickergruben oder dem Öltransport. Der Anblick der manchmal trüben, gelblich-bräunlichen Flüssigkeit flößte kein Vertrauen ein. Wasser wurde natürlich auch gestohlen, auf dem Schwarzmarkt verkauft und sogar ‘gefälscht’, d.h. Wasser zweifelhafter Qualität und Herkunft wurde als ‘offizielles’ Wasser verkauft.

Im Bundesstaat Sabah kam es zu einer ‘Hungersnot’. Mehrere tausend Familien in Sabah waren so schlecht ernährt, daß sie dringend öffentlicher Nahrungsmittelhilfe bedurften. Die Trockenheit hatte die Reisernte ausfallen lassen und viele Familien waren gezwungen, im Dschungel Nahrungsmittel zu sammeln. Zum Teil mußte wildes Tapioka gegessen werden, das Zyanid enthält. Dieses Tapioka muß vor dem Verzehr sehr gründlich in mehrfach gewechseltem Wasser gewässert werden, was es aber eben nicht gab. Von mindestens einem Todesfall durch Tapiokaverzehr wurde berichtet. Dies geschah in demselben Land, das offiziell auf die höchsten Bürotürme der Welt und auf einen neu eröffneten Flughafen von ‘Weltklasse’ so stolz ist.

Eine Ironie der Modernisierung ist es, wenn Eingeborene auf Borneo, die früher durchaus an die ‘Machbarkeit’ von Regen (z.B. durch Tänze) geglaubt haben, die Regierung heute der Lüge bezichtigen, wenn sie ankündigt, mittels *cloud seeding* Regen auszulösen. Die wissenschaftliche Aufklärung hat sie nur halb erreicht.

Es ist kein Trost für Malaysia, daß *El Niño* im Herbst 1998 von *La Niña* abgelöst wurde: Mächtige Regenfluten überschwemmen einige Bundesstaaten. Zwar traf man weitgehende Maßnahmen zur Begrenzung der möglichen Schäden, aber trotzdem gab es die ersten Todesfälle und es mußten über tausend Menschen evakuiert werden.

Absprung am Nordpol

Unterdessen hat Malaysia mehrere Fallschirmspringer über dem Nordpol abspringen lassen, um zu zeigen, wie tüchtig man ist. Auch ein Auto der nationalen Marke ‘Proton’ wurde dort gelandet und ließ sich zur

offenkundigen Überraschung aller Beteiligten sofort starten und herumfahren. Das Verständnis für derartige PR-Maßnahmen in der malaysischen Bevölkerung hat aber abgenommen. Eigentlich sind die meisten Malaysier von ihrer Natur her eher bescheidene Leute, denen der von oben verordnete Größenwahn (Malaysia muß von allem das Höchste, Größte, Längste haben) immer unverständlicher wird. Es hätte gewiß mehr Sinn gemacht, wenn die Regierung Reis über Sabah abgeworfen hätte statt ein Auto über dem Nordpol. PR verkehrt sich manchmal ins Gegenteil.

Enttäuschung in Sabah

Sabah hat ein ungewöhnliches Rotationssystem für seine Ministerpräsidenten: Drei Amtsinhaber, Vertreter verschiedener ethnisch-religiöser Gruppen, teilen sich eine Amtszeit. Der bisherige Amtsinhaber war Chinese, sein Vorgänger war Muslim-Bumiputra („Eingeborener“). Der letzte Wechsel wurde Ende Mai vollzogen, Ministerpräsident mußte vereinbarungsgemäß nun ein nicht-muslimischer Bumiputra werden. Zwei Kandidaten galten als besonders aussichtsreich.

Die Entscheidung zwischen beiden fällten jedoch nicht die Wähler oder ihre Vertreter, die Abgeordneten des Staatsparlamentes, sondern der Premierminister von Malaysia, diesmal in seiner Eigenschaft als Präsident der regierenden Koalitionspartei Barisan Nasional (BN). Natürlich beriet er sich mit den sabahanischen BN-Funktionären – mit dem Ergebnis, daß diese loyal erklärten, jede Entscheidung des Premierministers gern zu akzeptieren. Auf einer Pressekonferenz teilte Mahathir mit, er werde den neuen Ministerpräsidenten nach seiner Rückkehr aus Ägypten benennen. Er wolle noch mit Präsident Mubarak darüber beraten.

Viele Sabahaner sahen dies als Verhöhnung an, sind sie doch der Meinung, sie selbst sollten in einer Demokratie ihren Ministerpräsidenten aussuchen. Später ließ die aus Ägypten zurückgekehrte Sphinx Mahathir das Rätselraten beenden: Der neue Ministerpräsident von Sabah heißt Bernhard Dompok.

In Sabah finden im Frühjahr 1999 Landtagswahlen statt – die Opposition hofft auf einen Sieg.

Innere Sicherheit – Gerüchte über Aufstände sorgen für Aufregung

Unruhen wie in Indonesien gibt es in Malaysia nicht, wohl aber zunehmende Unruhe. Die breite Bevölkerung spürt noch nicht die volle Wucht der Krise. Sollte es aber zu massiver Arbeitslosigkeit kommen, mögen viele Beobachter für Stabilität nicht mehr garantieren. Der Minister für Handel und Industrie der Republik Singapur sprach von bevorstehenden „Massenentlassungen und sozialen Unruhen in Südostasien“ und meinte damit gewiß weniger sein eigenes Land.

Oft wird das Beispiel Indonesiens erwähnt, zunehmend hört man: „Was dort passiert ist, kann hier auch passieren.“ Von Entlassungen betroffen wären auch Malaien, was dem interethnischen Konfliktpotential auch ein intraethnisches hinzufügt. Viele Chinesen sind spürbar besorgt, was sich in Vorratskäufen und Gerüchten niederschlägt.

Über das Internet gingen im Sommer Warnungen vor marodierenden Indonesiern in Kuala Lumpur ein. Lange Messer und ähnliche Geräte seien „von Ausländern“ aufgekauft worden. Die Regierung dementierte wütend; der Premier sagte wörtlich, er möchte die Urheber dieser Gerüchte „auf die Straße bringen und zusammenschlagen“. Eine gnadenlose Anwendung des rechtsstaatlich höchst fragwürdigen Gesetzes über innere Sicherheit wurde nicht nur angekündigt. So kann sich die Regierung als Garant von Recht und Ordnung profilieren. All dies führt zu einer massiven Einschüchterung der öffentlichen Meinung, die in einem Maße kritisch geworden ist, das man nicht für möglich gehalten hätte.

Ebenfalls über das Internet waren Bilder zugänglich, die entkleidete, blutverschmierte Frauen mit über den Kopf gezogenen Säcken oder Tüten sowie Personen in Kampfanzügen zeigen. Es soll sich um Vergewaltigungen chinesischer Indonesierinnen durch indonesische Truppen handeln. Diese Bilder zirkulieren in Kettenbriefmanier

in der chinesischen Bevölkerung Malaysias und haben das Sicherheitsgefühl hier lebender Chinesen beeinträchtigt.

Im Anschluß an die Anschläge auf US-Botschaften in Afrika erhielt die US-Botschaft in Kuala Lumpur ebenfalls Bombendrohungen. Sie wurde vorübergehend geschlossen.

Musikkultur: Auch hier hört der Zensor mit

Malaysia hat einen architektonisch und akustisch hervorragenden Konzertsaal eröffnet. Die staatliche Erdölfirma PETRONAS hat ihn finanziert, und so ist er auch im Gebäudekomplex der PETRONAS-Towers, der höchsten Bürogebäude der Welt, untergebracht. Modernste Technik (das durch die absenkbare Decke variable akustische Volumen kann sowohl an große Orchesterwerke als auch an Kammermusik angepaßt werden) und wunderschöne Innenausstattung sollen Rahmen für die Entwicklung von Musikkultur sein, die in Malaysia bisher fast nicht vorhanden war. So hat man auch gleich ein eigenes Orchester gegründet, das den anspruchsvollen Namen Malaysian Philharmonic Orchestra (MPO) trägt.

Nationalismus – oder nur mangelndes Selbstwertgefühl? – führte zum Eklat bei der Einweihung des Hauses. Ein malaysischer Komponist hatte eine „Malaysische Ouvertüre“ komponiert: Folkloristische musikalische Themen und Motive waren in einer bald an Dvorák, bald an Tschaikowski und manch andere Komponisten erinnernden Weise verarbeitet worden. Den krönenden Abschluß bilden sollte die zur Apotheose gesteigerte malaysische Nationalhymne. Im Premierenpublikum des malaysischen Geld- und Politadels gab es aber Meinungsverschiedenheiten, ob man sich beim Erklingen der erhabenen Töne auch körperlich zu erheben habe. Es kam zum protestierenden Auszug hochgestellter Persönlichkeiten. Dem Theaterdonner folgte in Malaysia prompt der Blitz des Zensors wie andernorts die Tat dem Gedanken: Er traf die Melodie der eigenen Nationalhymne – sie mußte aus der „Malaysischen Ouvertüre“ entfernt werden.

Oppositionspolitiker muß ins Gefängnis

Heiter die Kunst, ernst die Politik. Eine führende Persönlichkeit der wichtigen malaysischen Oppositionspartei Democratic Action Party (DAP), Lim Guan Eng, ist zu einer 18monatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Er ist damit das erste Mitglied des malaysischen Parlamentes, das zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Dies wird gewiß einschüchternde Effekte haben.

Der Straftatbestand, dessen Lim für schuldig befunden wurde, ist Volksverhetzung. Er hatte eine Druckschrift hergestellt und verbreitet, in der er die Regierung in folgender Angelegenheit kritisiert hatte: Der damalige Minister-präsident des Bundesstaates Malakka, Rahim, war der Unzucht mit einer Minderjährigen bezichtigt worden. Lim hatte u.a. kritisiert, daß das Mädchen in Untersuchungshaft genommen worden war, nicht aber der der Tat bezichtigte Politiker. Auch war Lim der Ansicht, die Untersuchungen gegen Rahim seien nicht mit der notwendigen Entschlossenheit geführt worden. Rahim galt damals als Protegé Mahathirs.

Amnesty International stellt laut *International Herald Tribune* vom 26.8.1998 fest: „Amnesty International glaubt, daß Lim Guan Eng heute aus Gewissensgründen zum Gefangenen wird, aus dem einzigen Grunde, weil er seine Meinung geäußert und seine Pflichten als Mitglied des Parlamentes erfüllt hat.“ Die Verurteilung hat zur Folge, daß Lim bei den nächsten beiden Parlamentswahlen nicht kandidieren darf, was praktisch sein politisches Ende bedeutet.

Der Spott nimmt in Malaysia manchmal bittere Züge an und bemerkt, daß Lim für Rahims Vergnügen im Gefängnis büßen muß. Ein ehemals sehr hoher Richter drückt die Situation im Lande hingegen so aus: Das Problem ist nicht die Freiheit der Meinungsäußerung. Das Problem ist die Freiheit nach der Meinungsäußerung.

‘Grenzkrieg’ mit Singapur

Als gäbe es nicht schon genug Probleme, stritten sich Malaysia und Singapur über die Verlegung eines Grenzübergangs durch Singapur. Die Titelseiten der Zeitungen in beiden Staaten waren voll von gegenseitigen Schuldzuweisungen. So lächerlich dem europäischen Beobachter – Schengener-Abkommen – das Ganze erscheint, so schädlich ist es für das Ansehen der betroffenen Länder. Wo bleibt die vielgepriesene ASEAN-Golfplatz-Diplomatie, die derartige Probleme angeblich geräuschlos löst? Es bleibt der Eindruck, daß zwei ASEAN-Staaten in Krisensituationen nicht einmal Miniprobleme lösen können, geschweige denn ihre wirklichen Schwierigkeiten.

Zyniker erzählen sich allerdings, wie Mahathir und Goh (Premier von Singapur) am Telefon beraten, wie man die Bevölkerung am besten von den wirtschaftlichen Problemen ablenken und zur Solidarität mit ihren Regierenden bringen könne. Man beschließt einen kleinen Grenzkonflikt... Mit Erfolg: Sogar die Opposition steht hier hinter Mahathir.

Indonesien – der bedrohliche Nachbar

Die krisenhafte Entwicklung in Indonesien seit Mitte Mai 1998 bringt neue Unberechenbarkeit auch für Malaysia mit sich. Die Stabilität der gesamten Region scheint gefährdet. Abgesehen von einem möglichen Übergreifen politischer Unruhen werden die Ereignisse in Indonesien auch mit sicherheitspolitischer Besorgnis verfolgt.

Die indonesische Insel Sumatra bildet das 'Westufer' der Straße von Malakka, eines der meistbefahrenen Seefahrtswege der Welt. An ihrer Nordspitze liegt die nach mehr Unabhängigkeit von Jakarta strebende Provinz Aceh. Dort gibt es deutliche fundamentalistische Strömungen. Niemand kann sich an dieser empfindlichen Stelle z.B. eine 'Islamische Republik Aceh' wünschen. Kleinere indonesische Inseln – der Riau-Archipel – sind Singapur, größter Containerhafen der Welt und wichtiger Knotenpunkt des Güterausstauschs, direkt vorgelagert.

Eine Desintegration Indonesiens könnte für die Sicherheit der für den Welthandel so wichtigen Passage zwischen dem asiatischen Festland und Australien unabsehbare Folgen haben. Indonesien mit seiner strategisch eminent wichtigen Lage müsse daher unbedingt als funktionierendes Ganzes stabil bleiben, meinen höchste malaysische Militärs im persönlichen Gespräch. Eine Schlüsselrolle als Garant komme der indonesischen Armee zu. Sie sei durch ihre Ausbildung auf den Erhalt der Nation „eingeschworen“.

Brunei – Sorgen der Superreichen

Auch das kleine Öl-Sultanat auf Borneo, dessen Sultan Hassanal Bolkiah absoluter Herrscher über seine 300000 Untertanen ist und mit einem geschätzten Privatvermögen von über 36 Milliarden US-Dollar zu den Reichsten der Welt zählt, hat massive Probleme mit Mißwirtschaft, Verschwendung und Verlusten. In einem Palastmachtkampf zwischen zwei Brüdern des Sultans unterlag Prinz Jefri, der als „lebenslustig“ gilt. Er verlor seinen Posten als Chef des staatlichen Unternehmens Amedeo, das Verluste von etwa 16 Milliarden US-Dollar (!) haben soll, sowie der Brunei Investment Agency mit ihren internationalen Investitionen.

Die Wirtschaftskrise

Etwa eine Dekade lang blühte Malaysias Volkswirtschaft mit Wachstumsraten von z.T. über acht Prozent, hohem Beschäftigungsstand, niedrigen Steuern, ausgeglichenem Haushalt, relativ geringer Inflation, einem stabilen Außenwert der Währung, bestem Geschäftsklima, großer außenwirtschaftlicher Offenheit und sehr stabilen politischen Rahmenbedingungen. Getrübt wurde das Bild etwas durch Defizite vor allem in der Dienstleistungsbilanz, über den Produktivitätsfortschritt hinausgehende Lohnerhöhungen, sich abzeichnende Engpässe in Qualität und Quantität des Humankapitals, Überkapazitäten in der Bauindustrie, Aufblähung der Immobilienpreise und Wertpapierkurse sowie eine hohe Inlandsverschuldung.

Seit Mitte 1997 hat dann eine Wirtschaftskrise die Volkswirtschaften Südostasiens in einer so von niemandem erwarteten oder vorhergesagten Weise erschüttert. Mehr vielleicht noch als Statistiken (wer erinnerte sich nicht an die trügerischen Zahlen, mit denen die ehemaligen Ostblockstaaten ihre Wirtschaftskraft beweisen wollten?) sagen die Titelbilder seriöser Wirtschaftsmagazine wie *Economist*, *Far Eastern Economic Review* etc.: Sinkende Schiffe

oder hoffnungslos im Meer treibende Rettungsringe waren die Metaphern, mit denen das Unfaßbare visualisiert werden sollte. Meist fragt man sich verwundert, wie diese bisher so erfolgreichen Volkswirtschaften in eine solche Krise geraten konnten. Vielleicht sollte man aber umgekehrt fragen: Wenn diese Volkswirtschaften so plötzlich in die Krise geraten konnten – waren sie dann vielleicht gar nicht so hervorragend? Auch der Zusammenbruch der osteuropäischen Systeme hat ja erst deren wirkliche abgrundtiefe Schwäche offenbart.

An Analysen oder Schuldzuweisungen, klugen Ratschlägen oder Patentrezepten fehlt es jedenfalls nicht. Meist kommen sie von denen, die kurz zuvor noch das Loblied Asiens gesungen hatten: Wissenschaftlern oder Journalisten, ausländischen Investoren oder internationalen Organisationen und natürlich den betroffenen Regierungen selbst. „Korruption“ (oft als Chiffre CCN = Corruption, Cronyism, Nepotism) und „rücksichtslose Habgier westlicher Spekulanten“ markieren zwei Extreme der Erklärungsversuche. Einige der jetzt offenbar gewordenen Schwächen der malaysischen Volkswirtschaft dürften nach Auffassung dieses Berichterstatters die Folgen ordnungspolitischer Defizite sein.

Ordnungspolitische Aspekte der Wirtschaftskrise

Zwar waren viele ehemals staatliche Unternehmen privatisiert worden, wodurch eine wohlhabende, z.T. sehr reiche, auch malaiische Mittel- und Oberschicht entstand. Es wäre aber voreilig, Privateigentum an Produktionsmitteln mit Wettbewerb und Marktsteuerung der Wirtschaft zu identifizieren. Zwar sieht Malaysia auf den ersten Blick aus wie eine Marktwirtschaft. Bei näherem Hinsehen werden jedoch die zahllosen Rückkopplungen der Wirtschaft mit der Politik deutlich. Nicht die Märkte bestimmen primär über die Entwicklung der malaysischen Volkswirtschaft, sondern die Politik. Der Premierminister greift häufig persönlich ein und 'sagt' der Wirtschaft, was zu tun ist.

Um Malaysia einordnen zu können, könnte man das Spektrum wichtiger wirtschaftspolitischer Ordnungsformen vielleicht so skizzieren:

- I. Privateigentum an Produktionsmitteln mit dominanter Marktsteuerung und Wettbewerb (Beispiele: Bundesrepublik Deutschland, USA)
- II. Privateigentum mit massiven steuernden Eingriffen von Regierung bzw. Bürokratie (Beispiele: Malaysia, Japan)
- III. Staatseigentum mit Wettbewerb („Konkurrenzsozialismus“)
- IV. Staatseigentum mit Zentralplanung (Beispiel: Sowjetunion)

Nach dem Scheitern von Modell IV erleben wir nun offenbar das von Modell II (III spielte praktisch keine Rolle), dem noch vor kurzem die Zukunft zu gehören schien („asiatisches Jahrhundert“). Es beruht u.a. auf der Annahme, Individuen (Mahathir) oder Bürokratien (MITI und Ministry of Finance in Japan) könnten dauerhaft klüger sein als die Märkte. In diesem System trifft die politische Spitze oder die Bürokratie strategische Entscheidungen, die von den formell unabhängigen privaten Unternehmen mehr oder weniger implementiert werden müssen. Solange das ganze System expandierte – im Falle Malaysias: solange bekannte Entwicklungswege ohne größere exogene Schocks nachvollzogen werden konnten –, ließen sich Fehlentscheidungen der Spitze kaschieren und die Leidtragenden aus der insgesamt gewachsenen volkswirtschaftlichen Leistung entschädigen. Die Vergabe von Staatsaufträgen, die meist nicht nach strengen Kriterien öffentlicher Ausschreibungen erfolgt, ist dabei ein wirksames Instrument zur Durchsetzung der politischen Vorstellungen.

Niemand ist aber auf Dauer und systematisch klüger als 'die Märkte', die ja letztlich das entscheidungsrelevante Wissen aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten verkörpern. Weder kommunistische Planer noch japanische Bürokraten konnten – trotz partieller Erfolge – massive Fehlallokationen von Ressourcen vermeiden. Wenn dann noch durch politische Gefälligkeit motivierte leichtfertige Kreditvergabe eines nur mäßig entwickelten Bankensektors hinzukommt, deren Sicherung in politischen 'Verbindungen' oder überbewerteten Vermögenspositionen wie Immobilien oder Aktien besteht, dann bedarf es nur noch eines äußeren Anstoßes, bis das Kartenhaus des eingebildeten Reichtums einstürzt. Zu einer wirklichen Genesung und langfristigen Sanierung müssen daher wohl vor allem die zahllosen Kollusionen zwischen Wirtschaft und Politik aufgelöst werden, die der Durchsetzung schmerzhafter, aber für das langfristige Gemeinwohl notwendiger Maßnahmen im Wege stehen.

Die gründliche Entwirrung der komplexen Kausalfaktoren dieses plötzlichen Zusammenbruchs wird man den Wirtschaftshistorikern überlassen müssen, politisch verantwortliche Akteure haben dazu aber keine Zeit und müssen auf der Grundlage unvollständiger Erklärungen die Situation zum Besseren wenden. Wichtig ist dabei, zwischen Korea, Indonesien, Thailand und Malaysia sorgsam zu differenzieren. „Asiatische Werte“, „asiatische Krise“ u.ä. suggerieren eine Homogenität der Region, die es so nicht gibt. (Malaysia zum Beispiel leidet unter einer hohen Verschuldung im Inland, während Indonesien etwa mit in US-Dollar denominierten Schuldenbergen zu kämpfen hat.)

Einige Einzelheiten der Krise

Seit Mitte 1997 fiel der Ringgit von 2,50 pro US-Dollar mehr oder minder stetig und näherte sich bedrohlich der Marke von 5,00 pro US-Dollar. Kein Importeur kann dies auffangen oder auf die Preise überwälzen. Malaysia importiert u.a. viele Nahrungsmittel sowie Vorprodukte für hier gefertigte Exportgüter. Verbesserte Exporterlöse einzelner Branchen (Palmöl) waren keine ausreichende Kompensation. Zwar ging das Außenhandelsdefizit zurück, aber eher wegen sinkender Importe und nicht so sehr wegen steigender Exporte.

Die Börsenkurse fielen dramatisch, der Composite Index der Börse von Kuala Lumpur gab von 1200 Punkten auf zeitweilig etwa 260 Punkte nach. Wertpapiere sind als Instrumente der Kreditsicherung oft hoch beliebt. Banken müssen bei fallenden Kursen dann entweder von ihren Kreditnehmern Nachschuß an Sicherheiten verlangen (wozu diese nur in seltenen Fällen in der Lage sind), die Wertpapiere verwerten (was deren Kurse weiter drückt) oder schließlich Wertberichtigungen bei ihren Aktiva vornehmen, wodurch sich ihre Bilanzen so verschlechtern können, daß die Banken technisch bankrott sind.

Verschärft wurde das Problem durch steigende Zinsen, die in einer vom damaligen stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim und der Bank Negara (Zentralbank) betriebenen 'Quasi-IMF-Politik' Kapital im Inland halten und den Wechselkurs stabilisieren sollten. Kaum ein Unternehmen kann in einer derartigen Situation Zinssteigerungen von etwa acht bis zehn Prozent auf 14 bis 16 Prozent verkraften. Die Folge sind unbediente Kredite – Schätzungen gehen dahin, etwa 30 Prozent des gesamten Kreditvolumens könnten notleidend werden. Größere Zusammenbrüche von Schuldnern zeichneten sich ab.

Gegenwärtig sind die Banken durch *nonperforming-loans (NPL)* so belastet, daß ihr Spielraum zur weiteren Kreditvergabe stark eingeschränkt ist. Durch diese Kreditengpässe geraten aber auch eigentlich gesunde Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten, so daß auch sie ihre Kredite nicht mehr bedienen können: Neue *nonperforming-loans* entstehen und damit eine Abwärtsspirale, die die Existenz der Banken gefährdet. Mit einem Zusammenbruch oder einer Schließung von Banken wäre aber auch der Verlust des Wissens um die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden verbunden; ein Wissen, das oft durch jahrelange Geschäftsverbindungen entstanden ist und für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe gerade in schwierigen Zeiten außerordentlich wichtig ist.

Kein Monat vergeht – manchmal keine Woche – ohne daß eines der großen malaysischen Unternehmen ins Gerede kommt: Heute ist es Renong, der herrschenden UMNO-Partei äußerst nahe, morgen Malaysian Airlines, dann wieder muß ein Konsortium, das dem ältesten Sohn Mahathirs, Mirzan, gehört, mit knapper Not und Geldern der staatlichen Ölgesellschaft PETRONAS gerettet werden. Dabei geht es um stattliche Summen, jeweils

mindestens um mehrere hundert Millionen Ringgit (1 DM = 2,20 RM), meist gleich um einige Milliarden. Bislang hochangesehene und in ihren Branchen führende Unternehmen sind betroffen wie die Lion-Gruppe, die Bank Bumiputra, Sime Bank, jetzt auch Rashid Hussein Bank – letztere wurde noch vor kurzem für ihre Solidität gepriesen und mehr oder weniger gezwungen, Sime Bank zu übernehmen (Dieser Berichterstatter war allerdings von Anfang an skeptisch, ob die Übernahme eines Kranken durch einen Gesunden einen Gesunden ergeben würde).

Soeben hat die Zentralbank die Kontrolle über MBf Finance übernommen. Diese Kreditbank hat derzeit ein Eigenkapital von etwa einer Milliarde Ringgit, denen unbediente Kredite von vier Milliarden gegenüberstehen, was etwa 30 Prozent ihrer gesamten Ausleihungen ausmacht. An solchen Zahlen wird der Abgrund deutlich, der sich hier auftut – und das ist vielleicht noch nicht einmal die ganze Wahrheit.

Für den Außenstehenden, der mit den wirklichen Zahlenwerken dieser Unternehmungen nicht vertraut ist, ist eine seriöse Beurteilung gar nicht möglich. Aber natürlich sind die staatlichen Rettungsmaßnahmen wenig geeignet, bei Investoren Vertrauen zu schaffen, muß man doch befürchten, daß es weitere Transaktionen zu Lasten von Minderheitsaktionären geben wird. Daher bemüht sich die malaysische Regierung, Transparenz und Glaubwürdigkeit herzustellen. Ob dies aber in ausreichendem Maße erreicht wird, bleibt fraglich.

Vermögensverwaltungs- und Rekapitalisierungsfirmen (Danaharta, Danamodal) wurden gegründet. Ihre Aufgabe ähnelt in manchem dem, was die deutsche Treuhandgesellschaft zu bewältigen hatte: Banken von unbedienten Krediten, auf die weder Zinsen noch Tilgung gezahlt werden, zu entlasten; herauszufinden, welche Unternehmen langfristig lebensfähig sind und sie durch Kapitalzufuhr aus Liquiditätsengpässen zu befreien, für ein kompetentes Management zu sorgen und sie mit einer tragfähigen Unternehmenskonzeption privatisiert wieder in den Wettbewerb zu entlassen.

Es ist zu früh zu beurteilen, ob all dies gelingen wird und ob Malaysia überhaupt ernstlich eine fundamentale Sanierung versucht oder ob es vor allem um die Rettung einzelner Unternehmer mit guten Beziehungen geht, wie viele Malaysier glauben. Fraglich ist auch, ob die Mittel reichen werden. Allein für die Rekapitalisierung des Bankensektors würden Beträge in Höhe von zehn bis 15 Milliarden US-Dollar benötigt, vielleicht mehr. Woher diese Summen kommen sollen, ist unklar.

PETRONAS und der Pensionsfond EPF gehören zu den wichtigen Finanziers der malaysischen Rettungsmaßnahmen. Viel versprochen hatte man sich auch davon, den Ringgit außerhalb Malaysias zu demonetarisieren. Vor allem aus Singapur erwartete man den Rückfluß von etwa 25 Milliarden Ringgit, die im Ausland nun wertlos geworden sind. Dieses Geld würde, so wohl der Plan, mangels Alternativen an der Börse angelegt werden und die Kurse hochtreiben helfen. Mit kaufkräftiger Unterstützung durch „institutionelle inländische Anleger“ sollte eine nachhaltige Erholung der Börse erreicht oder vielleicht auch nur suggeriert werden, die sich dann selbst trägt: Steigende Kurse sollen den Eindruck vermitteln, jetzt sei der richtige Zeitpunkt einzusteigen. Inwieweit dieses Kalkül aufgeht, bleibt abzuwarten.

Der Index ist jedenfalls wieder relativ stabil bei über 500 Punkten. Fraglich ist allerdings, wieviel Geld aus Singapur tatsächlich zurückgekehrt ist (Skeptiker glauben, es sei weniger als die Hälfte der erwarteten 25 Milliarden RM), und wie sich ausländische Anleger verhalten werden. Zur Zeit sind sie gezwungen, Anlagen in Malaysia mindestens ein Jahr lang zu halten. Dies führt dazu, daß viele Fonds keine malaysischen Papiere mehr kaufen und birgt die Gefahr, daß im September 1999, wenn die ersten Anleger ihr Kapital wieder ausführen dürfen, ein neuer massiver Kapitalabzug droht. Der mit der Einführung dieser und weiterer Kapitalverkehrskontrollen verbundene Vertrauensverlust ausländischer Anleger wird nicht leicht zu heilen sein. In jedem Fall wird man nun künftig bei Anlagen in Malaysia eine Risikoprämie für die verlorengegangene politische Stabilität und wirtschaftspolitische Kontinuität verlangen.

Die Risiken einer Anlage in Malaysia werden auch von den Herabstufungen widerspiegelt, die Ratingfirmen vorgenommen haben. Malaysische Staatsanleihen sind fast auf Junk-Status heruntergestuft worden, was die Aufnahme von internationalen Krediten für Malaysia erheblich erschwert und verteuert hat.

Eine geplante internationale Plazierung einer malaysischen Staatsanleihe mußte denn auch aufgegeben werden. Beim Rückgriff auf die heimischen Finanzierungsquellen EPF oder PETRONAS entsteht aber das Problem der Verdrängung (*crowding out*) der privaten – vor allem kleineren – Kreditnehmer durch den Staat, denn die Vermögen der genannten Institutionen sind ja irgendwo angelegt, wo sie abgezogen werden müßten, um für staatliche Maßnahmen zur Verfügung zu stehen. Finanzierungsengpässe erschweren auch eine keynesianische Expansionspolitik (etwa durch den defizitären Haushalt 1999), um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Das für 1999 von der Regierung vorhergesagte zarte Wachstum von 0,5 bis ein Prozent muß ja erst noch erarbeitet werden. Bislang ist nur sicher, daß Malaysia 1998 in einer Rezession ist, sechs bis acht Prozent 'negatives Wachstum' sind zu befürchten. Skeptiker glauben, daß die ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer wirklichen strukturellen Sanierung der malaysischen Wirtschaft genutzt werden. Dadurch würden die Probleme aber nur in die Zukunft verschoben und vermutlich schlimmer werden.

Wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten

Immer wieder hatte es geheißt, zwischen Mahathir und Anwar gäbe es Unstimmigkeiten, ein Machtkampf spitze sich zu. Über Jahre hinweg wurde dies genauso regelmäßig dementiert, den „bösen westlichen Medien“ (die in diesem Falle meist im Osten sitzen, nämlich in Hongkong) als Verleumdung und Versuch, Zwietracht zu säen, angelastet. Noch im Sommer 1998 wischte Mahathir alle derartigen Behauptungen vom Tisch und Anwar erklärte seine Loyalität gegenüber Mahathir, der wie ein Vater für ihn sei.

Anwar hatte mit Unterstützung der Zentralbank, wie oben skizziert, eine Politik betrieben, wie sie auch vom IMF hätte empfohlen werden können: Stabilisierung des Wechselkurses durch hohe Zinsen, Zurückstellung staatlicher Großprojekte im Rahmen von Sparmaßnahmen, keine dirigistischen Eingriffe wie Wechselkursmanipulationen oder Kapitalverkehrskontrollen, keine Sanierung bankrotter Privatunternehmen mit öffentlichen Mitteln, sondern Umstrukturierung der Wirtschaft.

All dies entsprach der herrschenden makroökonomischen Lehre, hat aber natürlich mikroökonomische Implikationen: Welches Unternehmen leidet mehr unter hohen Zinsen, welches mehr unter fallenden Wechselkursen? Wessen Existenz hängt von einer Sanierung mit öffentlichen Mitteln ab? Etc., etc. Eine an makroökonomischen Größen wie Zinssätzen oder Wechselkursen, Beschäftigungsgraden oder Zahlungsbilanzsalden orientierte Betrachtungsweise allein kann die Realitäten Malaysias nicht erklären. Hierzu müssen die mikroökonomischen Einzelheiten analysiert werden, und es wird gewiß auch das Instrumentarium der modernen (nicht-marxistischen) politischen Ökonomie benötigt.

Mahathir vertrat im Gegensatz zu Anwar mit seinem Wirtschaftsberater Tun Daim, den er dann zum Sonderminister für die Bewältigung der Wirtschaftskrise ernannte, eine expansionistische Politik. Er befürchtete, die IMF-Politik würde die ganze Wirtschaft erdrosseln. Beide Positionen haben ihre Stärken und Schwächen. In dieser schwierigen Situation die richtigen Entscheidungen zu treffen, wäre selbst ohne jegliche Eigeninteressen nicht leicht gewesen.

Mahathirs Machtkampf mit Anwar

Die letzte politische Verantwortung lag aber bei Mahathir, und als die Maßnahmen Anwars nicht griffen, die wirtschaftliche Entwicklung seine Position massiv zu bedrohen begann und aus Anwars Lager von dem UMNO-Jugendführer Zahid Hamidi ein kaum verhüllter Korruptionsvorwurf gegen ihn vorgetragen wurde, handelte er entschlossen. Zahids Vorwurf der 'Vetternwirtschaft' schlug er zurück, indem er Listen von Personen veröffentlichte, die staatliche Aufträge erhalten hatten. Verwandte und Anhänger Anwars waren dabei, u.a. auch Zahid selbst.

Kurz darauf begannen polizeiliche Untersuchungen gegen Anwar. In einer Gesamtstrategie, die zum Teil durch ihre Raffinesse, zum Teil durch ihre Fehleinschätzungen auffällt, entledigte Mahathir sich der einzigen glaubwürdigen Personal- und Politikalternative, zu der sein Stellvertreter Anwar Ibrahim herangereift war.

Anlaß war eine Schmähschrift mit dem Titel: '50 Gründe, warum Anwar Ibrahim nicht Premierminister werden kann', die vielen der etwa 2000 Delegierten der UMNO-Hauptversammlung in die Konferenzmappen gelegt worden war. Schon aus rein organisatorischen Gründen kann dies kaum heimlich geschehen sein. Gegen Anwar werden dort vor allem drei Vorwürfe erhoben:

- Er habe ein homosexuelles Verhältnis zu seinem Fahrer und
- eine sexuelle Beziehung (mit Kind) zur Frau eines Mitarbeiters unterhalten, und
- er sei in einen Mord an der hochschwangeren Frau des erwähnten Fahrers verwickelt, den er selbst aber nicht ausgeführt haben soll.

Es war schon einmal zu ähnlichen Vorwürfen gegen Anwar gekommen. Damals hatte der Premier ihn rasch und entschieden in Schutz genommen, so daß es nicht zu näheren Nachforschungen kam. Das tat er diesmal nicht. Schon einmal hatte Mahathir erfolgreich eine innerparteiliche Herausforderung überstanden, dabei kam es zur Spaltung von UMNO, die er diesmal vermeiden mußte. Politische Meinungsverschiedenheiten mit Anwar oder „Probleme in der Chemie“ hätten zu Sach- und Personaldiskussionen geführt und UMNO möglicherweise einer Zerreißprobe ausgesetzt. Vorwürfe, die Anwar bei Anhängern und Wählern moralisch und menschlich diskreditierten, ersparten UMNO diese Belastung. Ob sie zutreffen, sollen die Gerichte entscheiden; daß sie politisch instrumentalisiert wurden, glauben viele Malaysier, mit denen man spricht. Ginge es wirklich um politische Hygiene, warum wird dann nur Anwar verfolgt, wo doch auch (hier werden prominente Namen geflüstert) Affären haben?

Anwar entlassen

Am 2. September 1998 wurde Dato Seri Anwar Ibrahim als stellvertretender Premierminister und Finanzminister Malaysias entlassen. Gleichzeitig verlor er alle mit diesen Positionen verbundenen Ämter und wurde kurz darauf aus UMNO ausgeschlossen, deren stellvertretender Parteipräsident er war. Ein geschicktes 'Event-Management' (Entlassung Anwar nahestehender Redakteure und Notenbankgouverneure, Einführung von Kapitalverkehrs- und Währungskontrollen, Fixierung des Wechselkurses des Ringgit bei 3,80 pro US-Dollar, Entlassung Anwars) schürte Gerüchte: Weitere Umbesetzungen in Führungspositionen? Verhaftung Anwars? Neuwahlen? Verhängung des Ausnahmezustandes?

Mahathir hatte Anwar zum „ehrvollen“ Rücktritt gedrängt und mit einem Prozeß gedroht, falls er ablehne, heißt es in Kuala Lumpur. Anwar lehnte ab, behauptete entschieden, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien Produkt einer Verschwörung auf höchster Ebene. Sehr mächtige und prominente Personen werden genannt, Tun Daim, Sonderminister für die Wirtschaftskrise, Megat Junid, Minister für Binnenhandel und Konsum (ehemaliger stellvertretender Innenminister), Rahim Thamby Chik, ehemaliger Ministerpräsident von Malakka. In der Tat scheinen die Vorwürfe von Anwars Verwicklung in einen Mord und der unehelichen Vaterschaft durch den bisherigen Prozeßverlauf widerlegt worden zu sein und die Strategie der Verteidigung zielt darauf ab, eine Verschwörung gegen Anwar nachzuweisen. Bevor es jedoch überhaupt zum Prozeß kam, sollte es turbulent werden in Malaysia.

UMNO unterstützt Mahathir

In einer kühlen Risiko-Nutzenabwägung haben die UMNO-Parteifürsten Mahathir als den Sieger des Machtkampfes identifiziert und ihm ihre Solidarität versichert. Das heißt nicht, daß die Meinung in der Partei so eindeutig wäre, wie die Medien suggerieren. Aber niemand ist bereit, seine politische Zukunft für eine verloren

gegläubte Person zu opfern. Erst recht nicht, wenn viele durchaus glauben, die (sexuellen) Vorwürfe gegen Anwar könnten zumindest zum Teil berechtigt sein.

Nach Rahim (ehemaliger UMNO-Jugendführer und Ministerpräsident von Malakka, erhobener Vorwurf: Unzucht mit Minderjährigen und Korruption) und Muhammad (ehemaliger Vizepräsident von UMNO und Ministerpräsident von Selangor, erhobener Vorwurf: Korruption) handelt es sich schon um den dritten UMNO-Spitzenpolitiker in wenigen Jahren, dem schwerwiegende Verfehlungen vorgeworfen werden. Es muß allerdings auch hinzugefügt werden, daß die Vorwürfe „sexuelle Fehlritte“ sowie „Korruption“ andererseits nicht erst seit dem Fall Anwars zum Standardrepertoire der zahlreichen politisch wie privat motivierten Verleumder gehören.

Wer ist Anwar?

Dato Seri Anwar bin Datuk Ibrahim, geboren am 10.8.1947 in Penang, ist verheiratet mit der Augenärztin Dr. Wan Azizah, mit der er sechs Kinder hat. Er wurde 1993 zum stellvertretenden Premierminister ernannt, nachdem er zuvor zum stellvertretenden UMNO-Präsidenten gewählt worden war. Anwar hatte verschiedene Ministerämter inne, u.a. für Kultur, Jugend und Sport, Landwirtschaft und – besonders wichtig – Erziehung. 1991 wurde er nach dem Rücktritt Tun Daims als Finanzminister dessen Nachfolger. Er ist Gründer des Malaysischen Islamischen Jugendrates (ABIM) und des multireligiösen Malaysischen Jugendrates. Außerdem ist er Gründer des Institut Kajian Dasar/Institute for Policy Research (IKD/IPR) – das als sein *Think Tank* fungiert. Bereits von 1974 bis 1976 war er auf der Grundlage des Gesetzes über Innere Sicherheit inhaftiert. Er war in Demonstrationen engagiert, die ver-armten Bauern helfen wollten. Anwar ist ein glänzender Redner, eher ein Intellektueller als ein Machtpolitiker und hatte in UMNO viele Anhänger wie auch erbitterte Gegner – er polarisiert eher, als daß er integriert.

Anwar verhaftet

Am Sonntag, dem 20.9.1998, wurde Anwar Ibrahim dann in Kuala Lumpur verhaftet. Mit Maschinenpistolen bewaffnet und schwarz maskiert brachen Elitetruppen in sein Haus ein und transportierten ihn, seine Frau und einige seiner sechs Kinder ab. Er leistete keinen Widerstand. Frau und Kinder wurden kurze Zeit später freigelassen. Anwar wurde auf der Grundlage des rechtsstaatlich mehr als fragwürdigen Gesetzes über innere Sicherheit im be-rüchtigten Polizeihauptquartier Bukit Aman (‘Hügel des Friedens’) festgesetzt. Von ihm fehlte beunruhigend lan-ge jede Nachricht, weder Familie noch Anwälte hatten Zugang zu ihm.

Auch enge Mitarbeiter Anwars wurden festgenommen. Insgesamt sollen zumindest zeitweilig etwa 100 Personen inhaftiert gewesen sein, von denen viele relativ schnell wieder freigelassen wurden. Andere Anhänger Anwars flo-hen ins benachbarte Ausland – Indonesien und die Philippinen gelten als ‘sicher’.

Nach seiner Entlassung aus Regierung und UMNO Anfang September war Anwar zum Gegenangriff angetreten. Da er alle formalen Machtgrundlagen verloren hatte, blieb ihm nur der Weg, direkt an das Volk zu appellieren. Seine zahlreichen Ansprachen in seinem Haus in Kuala Lumpur und in anderen Landesteilen wurden nach Berich-ten von bis zu 50000 Personen besucht.

Über seine Verteidigung hinaus versuchte er eine politische Massenbewegung unter dem aus Indonesien übernom-menen Stichwort ‘Reformasi’ (Reformation) aufzubauen. Seine Zuhörer waren vor allem – aber keineswegs nur – Malaien, auch viele Frauen. Sie wirkten – soweit ich beobachten konnte – sehr gesittet, ruhig und friedlich.

Wenn Mahathir auf ein bald abebbendes Interesse an Anwar spekuliert hatte, sollte er sich getäuscht haben. Am Sonntag und Montag, dem 20. bzw. 21. September – Queen Elizabeth II und etwa zweitausend ausländische Journalisten waren zur Schlußfeier der Commonwealth Games in der Stadt – gerieten die Menschenansammlungen in der Stadtmitte ins Gewalttätige – nach malaysischen Maßstäben. Plastikflaschen flogen, vielleicht auch Steine. Ein ‘UMNO-Museum’ wurde verwüstet, die Polizei setzte Tränengas und mit Chemikalien präparierte

Wasserwerfer ein. Für Malaysia gänzlich ungewohnte Bilder gingen über die Fernsehsender, einige Videobänder ausländischer Medien mußten über dritte Länder ausgeflogen werden, da Malaysia wegen „technischer Störungen“ zu einer Übertragung nicht fähig war. Ein CNN-Interview mit Anwar wurde zensiert und durch einen Werbeblock unterbrochen.

Nach der Verhaftung Anwars und wichtiger Berater haben seine Frau und eine Tochter symbolische Führungsrollen in der ‘Reformasi’-Bewegung übernommen. Der Berichterstatter kennt Dr. Wan Azizah als intelligente, humorvolle Frau, die stärker ist, als es nach ihrem zurückhaltenden Auftreten den Anschein hat. Auch sie war von Verhaftung bedroht, wurde nach mehrstündigem Verhör aber wieder freigelassen: Sie hatte in einem Interview mit CNBC die Befürchtung geäußert, ihr Mann könne in Haft mit HIV infiziert werden, um seinen unmoralischen Lebenswandel zu „beweisen“.

Anwars Verhaftung und die gesamte Art des Vorgehens gegen ihn, seine Familie und Anhänger hat viele Malaysier unsanft aus ihrem politischen Dornröschenschlaf gerissen. Konnte man bisher Defizite an Bürgerfreiheiten mit den wirtschaftlichen Fortschritten entschuldigen oder verdrängen, war dies nun nicht mehr so einfach. Praktisch jeder fragt sich, wie es eigentlich mit dem Rechtsstaat bestellt ist sei, wenn so mit dem ehemaligen zweiten Mann des Landes verfahren werden kann – Anwar war ja allseits geachtet, galt als relativ liberal, fortschrittlich, anständig, fromm und tolerant. Auch wer politisch anders dachte, hielt ihn doch keinesfalls für einen korrupten Wüstling. Sein Sturz gewann daher bald eine über die Person hinausgehende Bedeutung.

Es kam wochenlang zu regelmäßigen Demonstrationen tausender, z.T. zigtausender Malaysier. Die Polizei ging mit rücksichtsloser Härte gegen die meist friedlichen Teilnehmer vor. Schlagstöcke, Tränengas, mit Chemikalien gefüllte Wasserwerfer wurden eingesetzt. Die Nationalmoschee wurde gestürmt, was allgemein als Sakrileg aufgefaßt wurde. Dies führte eine Zeitlang zu einem Anwachsen der Demonstrationen, die inzwischen aber aufgehört haben. Über Gerechtigkeit für Anwar hinaus ging es immer mehr um Gerechtigkeit und Rechtsstaat schlechthin, die man gefährdet sieht. Dies hat auch dazu geführt, daß verschiedene Parteien, die sich programmatisch eigentlich sehr fremd sind (die ‘malaiisch-islamische’ PAS und die ‘chinesisch-linke’ DAP), mit zahlreichen NGOs zu Bündnissen für Rechtsstaat und Gerechtigkeit zusammengeschlossen haben. Ob daraus auch ein Wahlbündnis für die Wahlen im Jahr 2000 werden kann, bleibt abzuwarten.

Bedrohung des Rechtsstaates

Malaysia befindet sich weder im Krieg noch im Bürgerkrieg. Es gibt auch keine terroristischen Bewegungen oder kommunistischen Infiltrationen mehr. Einige Gesetze, die in Malaysia in Kraft sind, können daher bei allem Respekt vor der Unabhängigkeit von Staaten und anderen Rechtssystemen auch von wohlwollenden Beobachtern nicht akzeptiert werden, selbst wenn sie positiv gültig sind. Sie laden zum Mißbrauch geradezu ein und verschieben das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Bürger in einer für freiheitliche Maßstäbe unannehmbaren Weise.

Das Gesetz über innere Sicherheit (Internal Security Act, ISA) ist ein solches Gesetz. Es gestattet die Inhaftierung ohne Verfahren, Rechtsbeistand oder Außenkontakte praktisch auf unbegrenzte Zeit. Über das, was mit den Gefangenen geschieht, gibt es unerfreuliche Gerüchte. Die fehlende Transparenz muß die Regierung als Indiz gegen sich gelten lassen, daß hier nicht im Einklang mit rechtsstaatlichen Gepflogenheiten gehandelt wird.

Verfahrensgerechtigkeit ist ein wesentliches Element der Rechtsstaatlichkeit. Die Unschuldsvermutung schützt bis zum Beweis der Schuld den Angeklagten. Dieses Prinzip wurde in Malaysia nach Ansicht vieler in- und ausländischer Beobachter im Fall Anwar mißachtet. Unter massivstem Einsatz der zensierten Medien wurde eine Kampagne gegen Anwar gefahren, die für viele in keinem Verhältnis zu seiner möglichen strafrechtlichen Schuld mehr stand. Anwaltskammer, Oppositionsparteien und NGOs haben das Vorgehen kritisiert.

Um nur ein Beispiel zu geben: Zwei Anwar nahestehende Männer wurden nach dem Gesetz über innere Sicherheit verhaftet. Mehrere Tage gab es keine Nachricht von ihnen. Dann erschienen sie vor Gericht, in verschiedenen Verfahren vor verschiedenen Richtern, und gestanden – sich selbst belastend – Anwar

homosexuelle Handlungen ge-stattet zu haben. Sie wurden jeder zu sechs Monaten Haft verurteilt. (Homosexualität wird in Malaysia mit bis zu 20 Jahren Haft und schweren Stockschlägen bestraft.)

Die Frage, die sich in Malaysia vom Rechtsanwalt über den Arzt, den Geschäftsmann bis zum Zeitungsverkäufer oder Kellner jeder stellt, ist: Warum sollte jemand ohne Not etwas gestehen, das ihn ins Gefängnis bringt, aber kaum beweisbar wäre? Insbesondere, wenn es sich wie hier um den Adoptivbruder Anwar und einen intellektuellen Vertrauten handelt? Letzterer ist ein angesehener Mann, Mitglied gelehrter islamischer Gesellschaften. Er soll ausgesagt haben, von Anwar gezwungen worden zu sein, und den Verlust seiner Position als dessen Redenschreiber befürchtet haben. Die Anwälte, die die Familien zur Verteidigung dieser Männer bestellt hatten, wurden zum Verfahren nicht zugelassen. Wer die amtierenden Strafverteidiger bestellt hatte, ist unklar.

Eine vom Berichterstatter vorhergesagte Wende nahm der Fall dann, als beide Verurteilte nach kurzer Zeit widerriefen: Sie seien zum Geständnis gezwungen worden! Die Fälle warten auf weitere juristische Klärung.

Der Prozeß gegen Anwar

Mehr Unglaubliches sollte folgen. Anwar sollte der Prozeß gemacht werden, Sexualdelikte und Korruption (wir würden in diesem Fall sagen: Amtsmißbrauch zur Verschleierung dieser Handlungen), jeweils in mehreren Fällen, lautet die Anklage. Die Eröffnung des Verfahrens verzögerte sich jedoch und als Anwar dann vor Gericht vorgeführt wurde, hatte er ein massiv blaues Auge und trug eine Halskrause zur Stabilisierung der Wirbelsäule. Er sei in der Haft gefesselt und mit verbundenen Augen zusammengeschlagen worden, mehrere Stunden bewußtlos und ohne ärztliche Versorgung sich selbst überlassen gewesen, erklärte er dem Richter.

Viele hochrangige Freunde – Staatspräsidenten, die Spitzen von Weltbank und IMF etc. – äußerten ihre Besorgnis. Mahathir erklärte jedoch sogleich, Anwar könne sich selbst verletzt haben, es sei ja in seinem Interesse. Dies wurde von vielen als zynische Kaltschnäuzigkeit aufgefaßt und kostete Mahathir viele Sympathien, vor allem bei den Malaien. Er ließ eine gründliche Untersuchung ankündigen, deren Ergebnis noch heute, Monate später, nicht bekannt ist. Wo Informationen vorenthalten werden, gedeihen Gerüchte: Sie wollen wissen, ein sehr hoher Polizei-offizier sei der Täter gewesen. (Soeben teilte der Generalstaatsanwalt mit, die königlich malaysische Polizei trage die volle Verantwortung, der oder die Täter seien aber noch nicht identifiziert.)

Den Prozeß gegen Anwar hier im Detail zu beschreiben, wäre ein riskantes und peinliches Unterfangen. Ein 'Maulkorberlaß' bedroht jeden, der sich öffentlich über Schuld oder Unschuld Anwars äußert, mit Gefängnis – auch den Verfasser dieser Zeilen –, wegen Mißachtung des Gerichts. Hier kann daher nur eine vorsichtige Wiedergabe dessen erfolgen, was öffentlich bekannt ist.

Einige Kostproben aus dem bisherigen Verlauf:

Der das Verfahren führende Einzelrichter entscheidet, auf Englisch zu verhandeln, um international das Verständnis zu erleichtern. Der höchste – nicht zuständige – Richter hebt die Entscheidung auf, es solle in Malaysisch verhandelt werden. Trotzdem ist Englisch de facto die Verhandlungssprache. Offizielle ausländische Beobachter werden nicht zugelassen, sie müssen wie alle Interessierten stundenlang anstehen, um einen der wenigen begehrten Plätze im Gerichtssaal zu bekommen.

Der Chef der Geheimpolizei sagt aus, daß Zeugen in Sonderhaft von der Polizei „umgedreht“ bzw. „neutralisiert“ werden und dann das Gegenteil dessen aussagen, was sie glauben oder für richtig halten. Die Methode besteht nicht aus freundlichem Zureden, Einzelheiten sind geheim. Er erklärt auch, er würde auf Anweisung einer „Person, die höhergestellt ist als der stellvertretende Premierminister“ möglicherweise sogar unter Eid vor Gericht falsche Aussagen machen.

Ein Kronzeuge, der über längere Zeiträume Anwars „homosexueller Sklave“ gewesen sein will, widerruft plötzlich und sagt aus, Anwar habe nie eine homosexuelle Beziehung zu ihm gehabt. Kurz darauf sagt er aus, nicht nur Anwar, sondern auch dessen Adoptivbruder hätten ihn mißbraucht. Der Antrag der Verteidigung auf Entfernung des Zeugen aus dem Verfahren wird vom Richter zunächst zugelassen, dann am Tag danach abgelehnt.

Die Staatsanwaltschaft läßt Matratzen als Beweismaterial herbeischaffen, aus denen Stoffstücke zwecks DNA-Analyse herausgeschnitten wurden. Es kommt heraus, daß die Polizei Anwar entnommene Blutproben gegen dessen Willen einer DNA-Analyse unterzogen hat. Trotzdem werden die Analysen vom Gericht als Beweismittel zugelassen und scheinen Anwars Beziehung zur Frau seines Sekretärs zu bestätigen, wenn nicht auf irgendeiner Stufe Manipulationen vorgenommen wurden.

Eine Belastungszeugin, die eine zentrale Rolle im Verfahren spielt, gerät in Verdacht, eine von Anwar verschmähte „Möchtegern-Geliebte“ zu sein, die ihm aus verletzter Eitelkeit Haßbriefe geschrieben hat („...der Hund Anwar..., Allah möge ihm AIDS senden...“). Sie ist keine führende Persönlichkeit der malaysischen Gesellschaft, trotzdem hatte sie Zugang zu Kabinettsmitgliedern und konnte über sie dem Premier Briefe mit Anschuldigungen gegen Anwar zuleiten. Sie hat für ihre Werbeagentur sehr große Aufträge staatlicher Stellen erhalten und verhandelt über weitere. Die Staatsanwaltschaft ist mit ihren Zeugen bislang nicht in bester Gesellschaft.

In die Kanzlei eines Anwar-Verteidigers wird eingebrochen, dann wird sie von der Polizei durchsucht. Begründung der Staatsanwaltschaft: Sie vermisste Dokumente, die Verteidigung habe sie möglicherweise aus dem Gerichtssaal „mitgenommen“. Mit einem anderen Verteidiger Anwars wird kurzer Prozeß gemacht: Drei Monate Haft ohne Bewährung, wegen Mißachtung des Gerichts. Er war früher Präsident der Anwaltskammer, etwa zweihundert Anwälte demonstrieren vor dem Gericht gegen das Urteil und die damit verbundenen Einschüchterungsversuche. Das Berufungsverfahren schwebt noch. Gegen einen anderen Anwalt in einem auf diesen Fall bezogenen Verfahren wird Haftbefehl erlassen. Der Anwalt entschuldigt sich – um seinen Mandanten, einen guten Bekannten Anwars, dem die Todesstrafe droht, weiter verteidigen zu können.

So geht es weiter und weiter, und wenn ihn dieses Gericht nicht verurteilt, dann eben das nächste, glauben hier viele: Weitere Verfahren gegen Anwar sind bereits angekündigt. Die meisten Beobachter sind sich einig, daß Anwar auf jeden Fall zu Gefängnis verurteilt werden soll, denn dann ist seine politische Karriere auf unabsehbare Zeit beendet.

Eklat beim APEC-Gipfel

Ein diplomatischer Höhepunkt hätte der APEC-Gipfel für Mahathir werden sollen. Als würdiger und kompetenter Gastgeber für Staats- und Regierungschefs wollte sich die malaysische Regierung präsentieren. Es sollte anders kommen. Bereits im Vorfeld dachten die Präsidenten Habibie und Estrada laut darüber nach, ob sie ein Land besuchen sollten, das ihrem „Freund Anwar“ so mitspielt. Habibie sagte wirklich einen vorgesehenen Staatsbesuch ab, beide nahmen aber dann doch am APEC-Gipfel teil.

Schlimmer noch kam es für Mahathir. Präsident Clinton ließ ankündigen, er käme zwar zum Gipfel, wolle Mahathir aber nicht zum Vier-Augen-Gespräch treffen. Schließlich sagte er – offiziell wegen der Krise im Irak – ganz ab und schickte Vizepräsident Gore. Dieser verärgerte Malaysia durch eine Dinner-Ansprache vor etwa 1000 Gästen: Er verwies auf den Zusammenhang von Demokratie und Prosperität und lobte die „tapferen Malaysier“, die sich für Reformen einsetzen.

Dies führte zum Eklat. Gore wurde in z.T. wüster Manier beschimpft. Ihm wurde Einmischung in innere Angelegenheiten und gar Aufruf zu Gewalttaten vorgeworfen. Die Heftigkeit der Reaktionen auch hoher Politiker zeigte nach Ansicht in- und ausländischer Beobachter, daß Malaysia sich ‘schuldig’ fühle und wisse, daß Gore im Recht sei. Außerdem verpaßten Gores malaysische Kritiker eine gute Gelegenheit, die Überlegenheit ihrer ‘asiatischen Werte’ durch eine gelassene, höfliche, aber bestimmte Reaktion zu beweisen. Schließlich hat die Welt aus Malay-

sia oft genug viel schrillere Töne hören müssen als Gore sie anschlug: George Soros mußte sich etwa vom Premier persönlich als *moron* (Irrer) beschimpfen lassen, dem es gleichgültig sei, ob Millionen Menschen verarmen, solan-ge er nur etwas Profit mache. Dem 'Westen' wurde von Mahathir vorgeworfen, er wolle die „Abschlachtung der bosnischen Moslems“.

Auch die Treffen von Präsident Estrada und Außenministerin Albright mit Anwars Frau am Rande des Gipfels stießen bei den Gastgebern nicht auf Sympathie. Sie könne demnächst ja mit Kenneth Starr in Washington zusammentreffen, giftete die nicht auf den Mund gefallene Ministerin für Außenhandel, Rafidah Aziz. Kein Problem, der säße schließlich nicht im Gefängnis, konterte Albright. Dies waren dann auch schon die Höhepunkte des APEC-Treffens, für das der Prozeß gegen Anwar unterbrochen worden war.

Glaubwürdigkeitskrise

Insgesamt dürfte der Prozeß dem Ansehen Malaysias großen Schaden zufügen. Die Qualität der Zeugen, der in der Bevölkerung weit verbreitete Eindruck, die Justiz sei nicht wirklich unabhängig und das Gefühl, es gehe weniger um Recht und Moral, als darum, Anwar zur Strecke zu bringen, lassen viele Bürger fragen: Wenn man dies mit Anwar machen kann, was kann mir dann geschehen? Das Vertrauen vieler Malaysier in ihre Regierung, die Justiz, die Polizei und die Medien ist erschüttert.

Ausländische Firmen ließen erkennen, auch für sie sei das Verfahren gegen Anwar wichtig: Könne man malaysische Gerichte in Zukunft überhaupt noch als neutrale Schiedsinstanzen in Zivilprozessen, etwa in Streitigkeiten mit regierungsnahen Unternehmen, akzeptieren?

Diese Beschädigung der noch jungen Institutionen ist der schlimmste Schaden, der Malaysia durch den Machtkampf zwischen Mahathir und Anwar bisher entstanden ist. Kritiker sprechen von einer massiven Glaubwürdigkeits- oder gar Legitimitätskrise, die zu heilen sehr schwierig sein wird: Die wahrgenommene Instrumentalisierung des Strafrechts zu politischen Zwecken und die Einschränkung der Eigentumsrechte in- und ausländischer Anleger durch die Kapitalverkehrskontrollen seien rechtsstaatliche Rückschritte.

Ob dieser Machtkampf schon entschieden ist, bleibt unklar. Vielleicht gibt es am Ende zwei Verlierer. Das ganze Vorgehen gegen Anwar hat weniger zu einer moralischen Entrüstung über seine angeblichen Taten geführt als zu ungläubigem Staunen. Die in den Medien ausgebreiteten Details verletzen das Empfinden vieler Malaysier für Anstand und gute Sitte – so etwas gehört für sie einfach nicht in die Öffentlichkeit. Mahathirs Ansehen in der Bevölkerung hat schwer gelitten, auch wenn ihn die zensierten Medien gerade als „Weltklasse-Führer“ anpreisen. Manchmal sieht es sogar fast so aus, als ob jemand Anwar und Mahathir gegeneinander ausspielt, um beide gleich-zeitig zu kompromittieren.

Im Augenblick scheint Mahathir formal aber mächtiger denn je: Er ist Premierminister, Innenminister und Finanzminister I (zuständig für Grundsatzfragen, für das Tagesgeschäft gibt es einen Finanzminister II). Zugleich ist er Präsident der regierenden Koalition Barisan Nasional und von UMNO, ihrer wichtigsten Partei. Stellvertreter zu ernennen hat er bisher vermeiden können, es besteht ein Nachfolgevakuum, das seine Macht stabilisiert. Mögliche Stellvertreter und Mochtegern-Nachfolger (Abdullah Badawi, Najib Tun Razak, Tengku Razaleigh) kämpfen um eine günstige Positionierung, sind aber alle vorsichtig. Es sieht nicht so aus, als wolle Mahathir in näherer Zukunft freiwillig zurücktreten, und ob jemand wagen wird, ihn zu stürzen, scheint nach dem Fall Anwar fraglich. Ausländische Beobachter meinen denn auch, Mahathir müsse im Amt sterben, er könne nicht sicher sein, daß ihm bei einem Rücktritt nicht der Prozeß gemacht werde.

Ausblick

Beim Lesen seines Berichtes ist der Berichterstatter selbst erschrocken. Ist das gezeichnete düstere Gesamtbild wirklich zutreffend? Der Berichterstatter will Malaysia gewiß nicht 'schlecht reden' oder die Situation dramatisieren. Er betrachtet sich als Freund; Freundschaft verbietet es aber, die Augen unkritisch zu schließen.

Die bis Mitte 1997 so glänzend erscheinenden Erfolge Malaysias sind ihrer bisher schwersten Prüfung ausgesetzt. Zwar scheint Malaysia von einer Entwicklung wie in Indonesien weit entfernt. Man vergesse aber nicht die plötzliche Wucht, mit der sich dort zur Überraschung vieler Beobachter die Ereignisse ihre Bahn brachen. Selbst wenn es – wie nur zu hoffen – hier nicht zu Gewalttätigkeiten kommt, die unbeschwerten Jahre des *Malaysia Boleh* (Malaysia schafft es) dürften zunächst vorbei sein. Der Premier spricht gar davon, man wolle lieber arm sein, als sich ausländischem Druck zu beugen. Auch soll er von einem „Guerillakrieg“ gesprochen haben, falls ausländische Unternehmen in großem Stil malaysische übernehmen sollten. Nicht wenige hier lebende Ausländer denken ohne-hin über eine Abwanderung nach. Sie werden derartige Bemerkungen sicher besonders aufmerksam verfolgen, auch wenn offizielle Erklärungen immer wieder betonen, wie sehr Malaysia an einer langfristigen, konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Ausland liegt.

Dies möchten wohl auch die meisten Malaysier. Sie brauchen weder den höchsten Flaggenmast noch den größten Skandalprozeß der Welt und erst recht keinen Guerillakrieg. Sie wollen ein friedliches, harmonisches Leben. Und sie sehen in der gegenwärtigen Krise die Chance zur Besinnung und Neuorientierung, die Chance zu einem weniger materialistischen und 'Wert-vollerem' Leben, zu weniger Gängelung und mehr Freiheit. Verglichen mit dem, was andere Nationen in ihrer jüngeren Vergangenheit durchmachen mußten, seien die Lektionen, die die Geschichte Malaysia erteilt, sehr sanft. Es komme jetzt darauf an, die richtigen Lehren daraus zu ziehen, meinen sie. Mit diesem Geist wird Malaysia es schaffen.

Das Manuskript wurde am 8. Januar 1999 abgeschlossen.

Dr. Klaus Pähler ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Malaysia.